Ausgabe B

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 151. | Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 2. Juli 1919. | Jahrg. 1.

Die überbleiben, werden noch wiederum unter sich wurzeln und über sich Frucht tragen. Jes. 37, 31.

Bedeutet die Unterzeichnung des Friedensvertrages, daß wir uns allein schuldig bekennen?

Es ist kürzlich die Behauptung aufgestellt worden: „die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute keineswegs, daß wir uns allein schuldig am Kriege bekennen. Denn dort heiße es nur: „der Krieg habe in der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, in den Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und Frankreich, sowie dem Einmarsch in Belgien seinen Ursprung. Das können wir nicht leugnen". Darüber sind nun freilich die Meinungen geteilt. Unsere Kommission zur Schuldfrage z. B., die, wie bekannt, unseren Gegnern im weitesten Maße entgegengekommen ist, hat nach gründlicher und sachlicher Prüfung aller erreichbarer Akten den Ursprung des Krieges in der Gesamtmobilmachung Rußlands vom 29. Juli 1914 gefunden, eine Meinung, die bisher noch nicht widerlegt worden ist. — Doch darauf möchte ich im Augenblick nicht näher eingehen. Es handelt sich mir daraum, ob die Behauptung zu recht besteht, eine Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute nicht, daß wir uns allein schuldig am Kriege bekennen. Wir geben zu, daß dies Bekenntnis unserer alleinigen Schuld aus den oben angeführten Worten nicht unbedingt herausgelesen zu werden braucht. Denn wenn auch aus dem Geist der Mantelnote sich unzweideutig ergibt, daß der Verband schon an dieser Stelle Deutschlands alleinige Schuld festlegen will, so brauchen wir ihm ja nicht den Gefallen zu tun, seine Meinung in diese Worte hineinzulegen, sondern können uns unsere eigene Auslegung derselben vorbehalten. Nun gibt es aber noch eine andere Stelle im Friedensvertrag, die sich ungleich deutlicher über unsere alleinige Schuld ausspricht. In Artikel 231 heißt es nämlich: „Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die befreundeten und verbündeten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands aufgezwungenen Krieges erlitten haben." — Wir sollen also unterschreiben, daß wir unseren Feinden den Krieg aufgezwungen haben. Ist ein solches Eingeständnis unserseits nicht eine bewußte Lüge? Und ist in diesen Worten nicht zugleich das Geständnis unserer alleinigen Schuld enthalten? Denn das ist doch jedem klar, daß diejenige Partei, die der Gegenpartei den Krieg aufzwingt, die allein schuldige ist. Daß der Ausdruck „allein schuldig" in dem Vertrag nicht vorkommt, ist aus der Geistesverfassung des Verbandes leicht zu erklären. Für ihn gibt es eben nur einen Schuldigen, das verbrecherische Deutschland mit seinem Kaiser, seinen Heerführern und Staatsmännern an der Spitze, denen der Verband zum „Opfer" gefallen ist. Wer sich in solcher Geistesverfassung befindet, für den gibt es einfach den Begriff der „Mitschuld" nicht. Für ihn ist der Gegner eben selbstverständlich der „allein Schuldige". Diese Meinung ist in Artikel 231 deutlich ausgesprochen in der Wendung, daß der Krieg dem Verbande durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten „aufgezwungen" worden sei. Indem wir diesen Artikel unterschreiben, bekennen wir uns „allein schuldig" am Kriege. Daran ist nicht zu deuteln. Daß dieser Artikel besonders schmachvoll für uns ist, empfindet offenbar auch der „Vorwärts", wenn er, wie wir eben lesen, schreibt: „Das (nämlich der Inhalt von Artikel 231) müssen wir unterschreiben, weil man uns die Pistole auf die Brust setzt. Wir werden aber die Schmach der Gegner, den Unterlegenen zur Lüge zu zwingen, fortgesetzt in die Welt hinausrufen und wir werden nicht ruhen, bis der schandhafte Fetzen Papier zerrissen ist." — Der Schluß klingt etwas „schauspielerhaft", und wir trauen dem „Vorwärts" nicht zu viel Mut zu in dieser Hinsicht, aber in der Beurteilung des Artikels 231 teilen wir seine Meinung.

F. C.

Gewerkschaftsbund der Heuerleute.

Von August Oberbossel, Bezirksleiter des christlich-nationalen Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter.

Eine der jüngsten Fach-Sektionen im christlich-nationalen Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter ist die der Heuerleute und Kötter. Diese Gruppe der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer leidet sehr unter der Unklarheit ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Schon seit einigen Jahren hatten sich eine Reihe Heuerleute im Minden-Ravensberger und Hannover-Land vereinzelt dem Zentralverband als Mitglieder angeschlossen. Doch eine durchgreifende Erfassung größerer Massen scheiterte jedesmal an den schwierigen Verhältnissen, in denen sich die Heuerleute und Kötter befanden. Auf energisches Drängen einer Anzahl schon organisierter Heuerleute hat sich der Zentralverband entschlossen, ab 1. 6. die Heuerleute und Kötter in einer besonderen Gruppe, welche den eigenartigen Verhältnissen Rechnung trägt, zu organisieren.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Heuerlinge und Kötter ist dadurch eine so unklare, daß Dienstvertrag und Pachtvertrag der Heuer- und Kötterei ein und dasselbe sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Heuerlinge und Kötter zu einem so niedrigen Barlohn — z. B. 50 Pfg. bis 2 Mk. pro Tag — arbeiten müssen. Auf der anderen Seite wird allerdings dem Heuerling und Kötter seitens des Hofbesitzers Wohnung, Stallung, Hofraum und 6 bis 8 Morgen Ackerland und Wiese zu einem sehr geringen Jahres-Pachtpreis — ca. 100 bis 200 Mk. — zur Verfügung gestellt. Die Heuerlinge und Kötter müssen sich, wenn es verlangt wird, jeden Tag dem Besitzer zur Verfügung stellen. Vielfach müssen auch die Frauen und sonstigen Familienangehörigen im Betriebe des Besitzers auf Verlangen arbeiten. Der Lohn der Familienangehörigen ist in der Regel der gleiche, wie der des Heuerlings oder Kötters.

Durch die Verquickung des Dienst- und Pachtvertrages haben beide Teile den Nachteil, daß einmal dem Heuerling nicht ein der Jetztzeit entsprechender Lohn gewährt wird, und andererseits dem Besitzer nicht der reale Pachtwert für die Heuer- oder Kötterei einkommt. Es ist aber noch weiter zu berücksichtigen, daß bei dem Verlangen nach Mitarbeit der Frau keine Rücksicht auf die eigene Wirtschaft des Heuerlings oder Kötters genommen wird. Wenn die Mitarbeit der Frau verlangt wird, dann muß dieselbe sich in der Regel von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr mit zur Verfügung stellen, ohne Rücksicht auf die Arbeit in der eigenen Wirtschaft. Hierin liegt eine große sittliche Gefahr. Der Heuerling und seine Frau sind durch das bis jetzt geltende Verhältnis gezwungen, den ganzen Tag über aus ihrer eigenen Häuslichkeit fernzubleiben, die Kinder sind infolgedessen in den allermeisten Fällen — wenn nicht gerade die Großeltern die Beaufsichtigung übernehmen — sich selbst überlassen.

Die Hofbesitzer, welche Heuerlinge und Kötter vertraglich verpflichtet haben, sind nun allgemein der Ansicht, daß die Heuerleute mit ihrem jetzigen Dienst- und Pachtvertrag sehr gut zufrieden sein könnten. Daß dieses nicht der Fall ist, beweist schon die Tatsache, daß jeden Tag Neuanmeldungen zu dem erst jetzt gegründeten „Gewerkschaftsbund der Heuerleute" erfolgen. Daß bei dem heutigen Verhältnis eine Heuerlingsfamilie nicht zufrieden sein kann, ergibt sich aus einem kurzen Rechenexempel.

Angenommen, ein Heuerling ist verpflichtet, sich jeden Tag zur Verfügung zu stellen, und würde dafür einen Tagelohn von sagen wir 75 Pfg. erhalten. Dieses würde bei 300 Arbeitstagen einen Barverdienst von 225 Mk. ausmachen. Er besitzt eine Heuer mit 8 bis 10 Morgen Land und müßte hierfür 200 Mk. jährlichen Pachtpreis zahlen. Die Arbeitsgeräte, die er zur Verrichtung seiner Arbeit bei dem Besitzer notwendig braucht, muß er in den allermeisten Fällen aus eigenen Mitteln kaufen. Wenn nun im Oktober die beiderseitige Abrechnung erfolgt, so ist es keine Seltenheit, daß der Heuerling für seine tägliche Arbeit bei dem Besitzer nicht einen Pfennig Bargeld erhält, da sein verdienter Lohn für die Pacht der Heuer und Ackerland verrechnet wird. Es kommt sogar vor, daß der Heuerling selbst noch Bargeld zulegen muß, um seinen Verpflichtungen gegenüber dem Besitzer nachzukommen.

Daß bei einem solchen Verhältnis die Heuerlinge nicht zufrieden sein können, muß jedem klar einleuchten. Der Heuerling mit seiner Familie hat Tag und Nacht keine Ruhe. Am Tage verrichtet er die Arbeit im landwirtschaftlichen Betriebe des Hofbesitzers, und nach Feierabend auf dem eigenen Lande. Als Freizeit kommen für den Heuerling höchstens die hohen Festtage in Frage. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß durch den Zusammenschluß aller Heuerlinge und Kötter bessere Verhältnisse auch für diesen Berufszweig geschaffen werden. Dieses kann aber nur geschehen, wenn sämtliche Heuerleute und Kötter sich ihre Standesorganisation schaffen und durch die so gewonnene Macht eine Besserung der Verhältnisse durchzusetzen suchen.

Die wichtigsten Forderungen für die Heuerleute sind kurz zusammengefaßt folgende:

1. Die Schaffung eines modernen Dienstvertrages, enthaltend:

a) angemessene Entlohnung für die Arbeitsleistung im Betriebe des Hofbesitzers.

b) Bezahlung der Arbeitsleistung der Frau und der übrigen Hausgenossen nach den Sätzen, wie sie freie Tagelöhner und Tagelöhnerinnen erhalten.

c) Geregelte Arbeitszeit von höchstens 9 Stunden in den Sommermonaten für den Heuerling und seine Hausgenossen.

d) Verbot der Frauenarbeit in Betriebe des Besitzers an den Vormittagen und Freigabe des Sonnabendnachmittags.

2. Schaffung eines angemessenen Pachtvertrages, enthaltend:

a) Den Pachtpreis für die Heuer, nach den ortsüblichen Pachtpreisen festzusetzen.

b) Den Pachtpreis für das Ackerland, ebenfalls den ortsüblichen Preisen angepaßt.

c) den Preis für die Gespannleistung, ortsüblich bemessen.

d) Die Gratislieferung der Arbeitsgerätschaften seitens der Besitzer.

Die Berechtigung dieser Forderungen ergibt sich aus der Notwendigkeit der Trennung von Dienst- und Pachtvertrag.

Der Gewerkschaftsbund der Heuerleute hat aber noch andere Aufgaben, die nur durch die Mitarbeit aller Berufsgenossen durchgeführt werden können. Darum fordern wir, daß auch die Heuerlinge und Kötter in allen Fragen der Landwirtschaft gehört und in den landwirtschaftlichen Körperschaften zur Mitarbeit herangezogen werden. Wir fordern von der Gesetzgebung eine Gleichstellung in sozial-politischer Hinsicht gegenüber den anderen Volksgenossen. Wir fordern eine weitgehende Selbständigmachung der Heuerlinge und Kötter durch Bereitstellung von Grund und Boden seitens des Großgrundbesitzes und aus den Staatsdomänen. Wir fordern ferner die Errichtung von Schlichtungsstellen zur Beilegung von Differenzen aus dem Pacht- und Dienstvertrag. Der Gewerkschaftsbund der Heuerleute erstrebt die Abschließung neuer Arbeitsverträge zwischen dem Besitzer und dem Gewerkschaftsbund.

Wir erstreben weiter, daß eine Kündigung der Heuer oder Kötterei nur mit Genehmigung einer Heuerlingskommission und dem Bundesvorstand vorgenommen werden kann.

Die Heuerlinge und Kötter mögen aus dem oben Gesagten ersehen, daß unser noch sehr viele Aufgaben harren. Die Durchsetzung unserer Wünsche ist wirklich des Schweißes der Edlen wert. Jetzt gilt es vor allen Dingen zu sammeln, uns zusammenzuschließen, damit wir das uns gesteckte Ziel erreichen. Jeder Heuermann und Kötter sei ein reger Mitarbeiter. Material zur Aufklärung und Werbung neuer Mitglieder wird kostenlos seitens der Geschäftsstelle der Heuerleute, Bielefeld, Gütersloherstraße 45, nach Aufforderung zugesandt.

Anarchie auf der Eisenbahn.

Wie der Schleichhandel ermöglicht wurde.

Ein Hoch- und Tiefbauunternehmer veröffentlicht im Sprechsaal der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 496) folgende Eingabe an die Eisenbahndirektion Kassel mit einer Antwort der Behörde, die Aufsehen erregt. Es heißt in der Eingabe:

„Bei meinen Reisen zum Einkauf von Rohmaterialien für Fabriken fahre ich öfter die Strecke Hagen—Arnsberg—Kassel. Am 13. Mai fuhr ich abends 7.55 ab Kassel. In Lamerden standen die ersten 80 Zentner Kartoffeln. Besonders schlimm sah es auf den Stationen Warburg, Scherfede, Marsberg, Brilon-Wald aus. Ab dieser letzten Station mußte auch ich meinen Widerstand aufgeben und wurde auch mein Abteil mit 20 Zentnern Kartoffeln und drei weiteren Reisenden belegt. Am Umladebahnhof Hagen besah ich das Ergebnis. Es waren mit dem Zuge befördert 2500 Zentner Kartoffeln auf 300 Reisende. Ich bin Fachmann und schätze richtig, habe früher als Angestellter auch einmal Kartoffeln gehandelt. 300 Zentner übrigen Gepäcks, 2 Waggons Reisekörbe, zweifellos fast alles Kontrebande. Ein Abteil dritter Klasse wurde in Brilon-Wald mit 40 Zentner Fracht und zwei Reisenden belegt. Hagen ist Umladebahnhof. 100 Zentner gingen nach Dortmund, alles andere 5.01 Uhr morgens ab Hagen nach Barmen, Elberfeld, Düsseldorf. Von Barmen und Elberfeld wurde es mir gesagt, von Düsseldorf weiß ich, daß die Massengüter mit dem Dreiradwagen unter Benutzung des Aufzuges in den Gepäckraum befördert und dort herausgegeben werden. In Lamerden sah ich die Eisenbahner einladen helfen. Ein Fahrbeamter Kassel—Hagen erklärte mir, das Zugpersonal ist machtlos, da die Stationsbeamten alles durchlassen. Er habe 11 Tage infolge einer Verletzung durch einen Hamsterer gefeiert und tue erst wieder den ersten Tag Dienst. Er zeigte mir einen Dolch als Selbstschutzmittel. 30 Prozent Reisende 3. Klasse hätten Karten 4. Klasse. Der Schaffner Nr. 125 des Zuges Hagen—Düsseldorf 5.01 Uhr, morgens 14. Mai, wurden von mir aufgefordert, die Wagen 3. Klasse zu kontrollieren. Er sagte mir: „Wollen Sie eine Tracht Schläge haben.“ Ich hörte ihn zu einem Manne sagen, der ein Abteil 3. Klasse nur mit Frachtgut beladen hatte: „Ich schließe ab.“ Ich sah ihn das Abteil abschließen. Ich habe mit sehr vielen Hamsterern gesprochen. Sie erzählen: Wir haben bei unseren Bauern 100—250 Zentner Kartoffeln, erhalten in der Stadt von Restaurants und Privaten 120 Mark den Zentner, fahren dreimal in der Woche, verdienen auf jeder Tour 500—800 Mark. Die Eisenbahner machen für Geld alles, wir haben mehr Geld wie die Eisenbahnverwaltung. Wir beziehen nebenher Arbeitslosenunterstützung; für uns stempeln „Bekannte“. Es sind fast nur junge Leute von 17—25 Jahren, Barmer, Elberfelder, Düsseldorfer Leute, die während des Krieges nur geschoben haben, die Schreier des Spartakus, Leute, die 100 000—200 000 Mark Vermögen haben, leicht verdient in wenigen Monaten, fast alles bewaffnet, brutal bis zum Äußersten. Das war ein Zug, aber der Vorzug hatte schon mitgenommen, was ging. Jeden Tag dasselbe Bild, bitte meine Herren, fahren Sie unerkannt mit.

Zum Nutzen der Allgemeinheit beantrage ich, durch 100 Kriminalbeamte die Stationen von Lamerden bis Brilon-Wald, den Bahnhof Hagen kontrollieren, die Stationstelephone und Telegraphen zu besetzen, die berufsmäßigen Hamsterer und die belasteten Eisenbahnbediensteten verhaften zu lassen und die Untersuchung einzuleiten. Zum Abtransport sind 50 Achsen Güterwagen und 6 Achsen Personenwagen allabendlich notwendig. Diese Strecke ist das Eldorado. Vor einigen Wochen fuhr mit mir ab Warstein ein Hamsterer mit einem Soldaten und einem Jungen mit acht Zentner Speck und Wurst. Tagesverdienst 3000 Mark, davon 1000 Mark an Bahnbeamte. Wöchentlich dreimal die Tour über Brilon-Wald, weil das sicher ist. Alles eigene Angaben des Hamsterunternehmers. Ich hörte, daß am gleichen Tage in Warstein ein Zentner Speck und Schinken gestohlen sein soll. Am 16. Mai sagte mir ein Holzhändler in Alme, der Stationsvorsteher in Ringelstein habe 100 000 Mark durch Beförderung von Waggons mit Mehl usw. verdient.

Wo sind die Männer mit der Hand von Eisen und dem Herzen von Marmor? Sie haben Deutschland seit 1914 gefehlt und sind auch heute noch nicht da. Heran, meine Herren, nur heran gehen! Das Land „hoch in Ehren“ hat das meiste davon eingebüßt, selbst den Schein davon, der bis 1914 bestand.“

Die Antwort der Eisenbahndirektion Kassel auf diese Eingabe lautet:

„Die von Ihnen geschilderten Zustände sind uns aus eigener Anschauung bekannt. Wir sind jedoch nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen, da bei der allgemeinen Untergrabung der Staatsautorität uns jedes Machtmittel zum Einschreiten fehlt.“

Wahrhaftig, die „Errungenschaften“ der glorreichen Revolution vom 9. November treten immer unverhüllter in die Erscheinung. Jeder weitere Kommentar zu der obigen Eingabe und zu der Antwort darauf hieße ihre Wirkung abschwächen. Eingabe und Antwort sprechen für sich selbst.

Die billigeren Lebensmitteln.

Sinkende Preise — steigender Geldwert.

Jetzt wird ein neuer Versuch gemacht, aus der Zwiemühle der Teuerung herauszukommen.

Mit den fortgesetzten Lohn- und Gehaltserhöhungen ging es nicht. Je mehr Geld bewilligt wurde, desto höher stiegen die Warenpreise. Die Zulage, die der Mann sich erkämpfte, mußte die Frau auf dem Markte und in den Läden wieder abgeben und vielfach noch etwas darüber. Das Geld büßte immer mehr an Kaufkraft ein.

Nun soll umgekehrt verfahren werden. An Stelle des minderwertigen Geldes sollen billigere Waren ausgeteilt werden. Angefangen bei den ausländischen Lebensmitteln. Dadurch hofft man auch die inländischen Bedarfsartikel auf einen mäßigeren Preis zurückzuführen. Wenn so die Kaufkraft des Geldes steigt, so wirkt es ebenso entlastend auf die Einzelwirtschaft, wie eine Steigerung des Einkommens.

Aber wie fährt die Gesamtheit dabei? Wie kommt die Reichs- und Staatskasse zurecht?

Die Finanzminister rechnen damit, daß der erste Versuch 1½ Milliarden kostet. Da sagen nun ängstliche Leute: „Also müssen wieder diese Milliarden durch neue Steuern aufgebracht werden!“ Demgegenüber ist zu beachten:

1. Steuern sind nicht schön, aber Wucherpreise für den Lebensbedarf sind noch schlimmer. Wenn weitere Lohnerhöhungen und Gehaltssteigerungen eintreten, so würden wir noch tiefer in den Beutel fassen müssen.

2. Was für die Senkung der Preise aufgewendet wird, ist nicht als fortdauernde Belastung zu betrachten. Denn nach Erreichung des Zieles, wenn das Geld wieder einen angemessenen Wert erreicht hat, wird eine Zubuße aus den öffentlichen Kassen nicht mehr nötig sein.

3. Die Hauptsache ist, daß die deutsche Valuta sich wieder hebt, d. h. unsere Reichsmark im Auslande wieder mehr Kaufkraft erhält. Durch die weitere Ausprägung von Papiergeld erreichnen wir das natürlich nicht; vielmehr das Gegenteil. Aber die Senkung der inländischen Preise kann mitwirken zur Hebung unserer Valuta.

Wohlgemerkt: mitwirken. Denn für sich allein reicht sie nicht aus.

Wenn die Blockade jetzt endlich aufgehoben wird, so müssen wir eine Masse von Waren aus dem Auslande einführen. Nicht Luxusartikel, sondern Sachen des Bedarfs. Das geht nur wenn wir die entsprechende Menge von Waren ausführen, so daß wir vom Auslande für unsere Erzeugnisse so viel Geld erhalten, als wir an das Ausland für die Einfuhr zu zahlen haben. Es hängt also unser Heil davon ab, daß die schaffende Arbeit in Deutschland vor sich geht. Um lähmende Streiks zu vermeiden, die Arbeitskraft und Arbeitslust zu heben, soll jetzt die Verbesserung der Ernährung und die Erleichterung der ganzen Lebenshaltung angebracht werden. Wird das erreicht, so sind die aufgewendeten Milliarden wahrlich nicht ins Wasser geworfen, sondern werden sich reichlich rentieren.

Ob es gelingt? Das hängt freilich nicht von der Regierung und den Abgeordneten ab. Die können nur den Wagen auf das Geleis bringen; die Volkskraft muß ihn zum Ziele führen.

So führt uns auch die neue Maßregel auf die alte Lehre zurück: Nur durch Arbeitsfleiß ist die Rettung zu erreichen.

Das Volk muß vernünftig werden, so daß es nicht mehr auf die Hetzer hört, die es immer tiefer in Not und Elend stürzen wollen, sondern sein Heil in der ruhigen Berufstätigkeit sucht nach dem alten Wahlspruch:

Arbeit ist des Bürgers Zierde,
Segen ist der Mühe Preis.

Da die Volksverführer gerade die Teuerung zur Anzettelung von Streiks und Putschen benutzt haben, darf man wohl hoffen, daß die angebahnte Verbilligung der Lebensmittel zur Erhaltung der Ordnung und zur Belebung der schaffenden Arbeit beiträgt.

Die Kleinkaufspreise für ausländische Lebensmittel.

Das Reichsministerium hat die Regelung der Verbilligung der Lebebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgesetzt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, **80 bis 85 Pfg.** statt bisher 2.20—2.50 Mk.

Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit ¼ Pfd. pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2.00—2.20 Mk. statt bisher über 3.00 Mk.

Hülsenfrüchte etwa **1.10—1.30 Mk.** statt 2.20 Mk.

Ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, **4.50—5.00 Mk.**, während bekanntlich zuletzt in Berlin 11.00 Mk. für das Pfund gezahlt werden mußte.

Amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, **4.00—4.50 Mk.** statt bisher 7.00—8.00 Mk.

Ausländisches Speisefett, 50 Gramm je Kopf und Woche, **5.00—5.50 Mk.** statt bisher 6.00—7.00 Mk.

Ausländische Kartoffeln sollen so weit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Die Maßnahmen sollen in aller Schnelligkeit durchgeführt werden; Reich, Freistaat und Gemeinde sind bei den finanziellen Lasten— der Gesamtbetrag der Verbilligung beläuft sich auf etwa 1½ Milliarden — zu gleichen Teilen beteiligt. Von der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Lebensmittel erhofft man mit der Zeit auch eine Senkung der Preise für inländische Lebensmittel.

Bessere Fettversorgung.

Neben der Verbilligung der Lebensmittelversorgung steht auch eine wesentliche Verbesserung der Fettversorgung in Aussicht. Von zuständiger Stelle wird hierüber mitgeteilt:

Wir hatten bisher nur den Industriebezirken und den Großstädten die erhöhte Ration von Butter und Margarine, d. h. eine Fettration von insgesamt etwa 110 Gramm pro Kopf und Woche geben können. Nunmehr sind wir in der Lage, dieses Quantum an die gesamte deutsche Bevölkerung, mit Ausnahme der Selbstversorger, abzugeben. Außerdem aber haben wir Aussicht, ziemlich bedeutende Mengen von Rohstoffen für die Margarinebereitung hereinzubekommen, so daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß wir die Gesamtration für das gesamte deutsche Versorgungsgebiet, mit Ausnahme der Selbstversorger, pro Kopf und Woche auf **etwa 150 Gramm**, beginnend mit dem 1. Aug[illegible] heraufsetzen können. Es ist auch bereits für das Vierteljahr die Verteilung von 125 Gramm amerikanischen Speck pro Kopf und Woche gesichert.

Nach der Unterzeichnung.

Abreise von Versailles.

Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell, einige Mitglieder und die ganze Pressegruppe der deutschen Friedensdelegation reisten am Sonnabend

Die Slopsteine.

Ich fahre bis zur Station Lotte zwischen Osnabrück und Ibbenbüren. Jedes Kind dort zeigt mir nun den Weg. Eine Stunde etwa muß ich noch wandern. Das Wandern in solcher Umgebung wird zum Genuß. Die Straße ist wohlgepflegt und meist schattig. Ringsum ist alles voll Schönheit: frische Wiesen, wogende Kornfelder, schmucke Höfe, umgeben von Obstbäumen und Eichen, und immer wieder Baumgruppen und kleine Wälder. Nun hebt sich das Gelände; es wird sandiger und dürrer. Die Höfe werden spärlicher. Buchen und Eichen treten zurück. Birken und Kiefern herrschen vor. Wir sind auf dem „Gabelin“. Ich habe wohl ein Dutzend Leute gefragt, was der Name „Gabelin“ zu bedeuten habe. Keiner konnte mir Auskunft geben. Vielleicht hängt er mit dem Namen „Ghibellinen“ zusammen. Im Jahre 1181 wurde auf dem angrenzenden Haberfelde und wohl auch hier eine Schlacht geschlagen zwischen Heinrich dem Löwen und den Ghibellinen, den Anhängern des Kaisers. Sieben nebeneinander liegende, noch deutlich erkennbare Wälle sind wohl in jenen Kämpfen aufgeworfen worden. Ich wandere die Wälle entlang durch den Kiefernwald. Nach etwa 10 Minuten tauchen rechts des Weges die Slopsteine auf. Wohltuender Harzduft erfüllt den Wald. Zwischen den Kiefern stehen schlanke weiße Birken und junge Eichen mit frischem Laub. An den Wegen blüht helleuchtender Ginster. In Gebüschen und Bäumen jubilieren die Vögel. Und mitten in all dem prangenden Leben liegen die Slopsteine so grau und unbeweglich, so unaussprechlich ernst und schwer. Ich stehe davor und wage kaum zu atmen. Solch ein Bild in solchem Rahmen! Riesige Granitblöcke liegen neben- und übereinander. Eine ungeheure Naturkraft scheint sie wahllos zusammengeworfen zu haben. Bald erkenne ich aber, daß sie nach Plan und Regel geordnet sind. In der Mitte stehen 22 Steine in zwei Reihen nebeneinander, jedesmal zwei einander gegenüber. Wahrscheinlich hat jedes Paar ursprünglich einen Deckstein getragen. Jetzt sind die meisten Decksteine abgerutscht, nur vier liegen noch an ihrem Platze. Die beiden Reihen sind von einem länglich runden Kranz von Blöcken umgeben. Die Blöcke sind unbehauen, von verschiedener Form und Größe, wie sie in Wald und Heide sich fanden. Die Decksteine übertreffen alle andern. Einer von ihnen ist 2½ Meter lang, 2 Meter breit und 1 Meter dick. Das ist klar: blinde Naturkräfte konnten das nicht schaffen; denkende Menschen haben ihre Hand dabei im Spiel. Sofort beginnt ein Sinnen und Fragen: Wer hat sie zusammengeschleppt und aufgerichtet, was haben sie zu bedeuten? Keine Schrift kann uns Auskunft geben. Was wir wissen, haben wir mühsam der Erde entreißen müssen. Man hat unter ihnen nachgegraben und hat Urnen mit Asche und halbverbrannten Knochenteilen gefunden. Die Slopsteine sind also Grabdenkmäler. Neben den Urnen fand man auch Waffen und Schmucksachen, aber nie aus Eisen, immer nur aus Bronze. Die Slopsteine müssen darum aufgerichtet sein, als man die Bearbeitung des Eisens noch nicht kannte; sie stammen aus der Bronzezeit. Wie lange sie schon stehen, welches Volk sie errichtet hat, welcher Werkzeuge man sich bediente, um sie zusammenzuschleppen und zu heben, das weiß niemand. Was würden die Steine erzählen, wenn sie reden könnten! Eingeklemmt in Gletscher oder Eisberge sind sie hierhergewandert aus fremden Land. Ur und Elen, Bär und Wolf haben bei ihnen gelagert. Flackernde Glut trug müde Helden zur Herrlichkeit Walhallas. Opferblut rann nieder. Dumpfes Beten und schmerzvolle Totenklage lag um sie her. Kampfruf und Wehgeschrei, splitternde Lanzen, berstende Schilde, pfeifende Hiebe mit Streitaxt und Schwert. Trotzige Gefangene, jubelnde Sieger, Massengräber, tiefe, leidlose Einsamkeit. Völker vergingen, Städte versanken, ganze Kulturen wuchsen auf und welkten dahin. Die Slopsteine stehen noch, still und ernst und unberührt wie vor Jahrtausenden. Mir ist, als wenn die Zeit still stände an diesem Ort. Ewigkeitsluft umwittert mich. Ich kann sie mit den Händen greifen. Ich fühle es so deutlich, daß Ewigkeit auch in mir wohnt, daß nur die Oberfläche meines Wesens in die Vergänglichkeit hineinreicht. Alle Sorgen und Ängste schrumpfen ein und fallen von mir ab. Ich sehe in den Wechsel des Lebens wie in ein Bilderbuch. Auch die Nöte meines Volkes peinigen mich nicht mehr. Slopsteine! Die Vergänglichkeit schläft, die Ewigkeit redet. Die Schleier fallen, die Dinge enthüllen sich, ihr Kern liegt frei. Es kommt wie tiefes Ausruhen über mich! — Ein Zug der Kleinbahn keucht vorbei mit lächerlicher Hast. Die Ruhe der Slopsteine wird desto imponierender. Wie wird sie auch unsere Vorfahren ergriffen haben. Hier fühlten sie sich der Gottheit so nahe, hier war ihnen die Pforte des Himmels. Und ich möchte auch niederknien wie sie und unaussprechbare Worte stammeln. Herr Gott, du bist unsere Zuflucht für und für, du bist von Ewigkeit zu Ewigkeit. — Ich ziehe die Uhr, meine Zeit drängt, ich muß mich losreißen. Ich muß zurück ins Leben. Langsam trete ich aus dem Ring der Blöcke in den Wald hinein. Immer wieder bleibe ich stehen und schaue zurück. Die Slopsteine verschwinden hinter Gebüschen und Stämmen. Ich schreite fest und sicher und bin voll Mut und Kraft. Kommt nur heran, ihr Kämpfe und Nöte des Lebens, ich fürchte euch nicht. Ihr mögt mich schütteln und rütteln nach Herzenslust; in der Tiefe des Wesens ruht still und stark ein Ewigkeitskern, den ihr nicht erreichen könnt.

K. Scheidt, Münster.

9 Uhr im Sönderzuge von Versailles nach Deutschland zurück.

Die deutsche Friedensdelegation ist Montag morgen in Berlin eingetroffen. Reichsminister Bell verließ den Sonderzug in Elberfeld, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller setzte die Reise bis Berlin fort. Der Zug wurde von einem französischen, englischen und italienischen Offizier bis Ohligs begleitet. Am Bahnhof Noissy-le-Roi (bei Versailles) verabschiedeten sich kurz vor der Abfahrt der Präfekt des Seine-et-Oise-Departements sowie der Oberst Henry von den beiden Ministern. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfall, jedoch wurden die Insassen des Speisewagens kurz vor Compiegne durch einen kleinen Knall aufgeschreckt. Es konnte nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Stein oder um einen Feuerwerkskörper handelte, der von der feiernden Volksmenge ins offene Fenster des Speisewagens geschleudert worden war.

Neben der Friedensdelegation wird auch die Waffenstillstandskommission in Spaa abgebaut. Gesandter v. Haniel mit 30 Mitgliedern der Delegation ist am Montag früh von Versailles abgereist, zur gleichen Zeit aus Spaa die meisten Mitglieder der Waffenstillstandskommission. In Versailles sind zur Abwicklung der Geschäfte der Friedensdelegation Freiherr v. Lersner und ungefähr 20 Sekretäre zurückgeblieben, in Spaa General v. Hammerstein mit einigen Beamten.

Ein unabänderliches Abkommen.

Präsident Wilson mit Gattin, Sekretären und sonstiger Begleitung hat sich am Sonntag in Brest an Bord des „George Washington" eingeschifft. Pichon, Leygues und Tardieu gaben ihm bis dorthin das Geleite. Zur Abfahrt von Paris waren Poincare, Clemenceau, der Kammerpräsident sowie eine große Anzahl Minister und Mitglieder der Friedenskonferenz erschienen.

Sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages hat Wilson eine Botschaft an das amerikanische Volk gerichtet, worin er sagt, daß der Friedensvertrag ein unabänderliches Abkommen bilde und daß jeder Vorbehalt abgelehnt worden sei. Er kennzeichnet den Vertrag als den Beginn einer neuen Epoche, welche zur Freiheit und zur allgemeinen Beruhigung führen soll. Am Donnerstag abend hat Präsident Wilson noch Anweisungen gegeben, daß 500 amerikanische Matrosen nach Schleswig gesandt werden, die der jetzigen Besatzungsarmee, die die Ordnung während der Volksabstimmung aufrecht erhalten soll, zugeteilt werden sollen. Wahrscheinlich werden auch in den anderen Gebieten, in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, amerikanische Besatzungstruppen anwesend sein.

Ein neuer Dreiverband.

Nach der Unterzeichnung hielten die Vertreter der Großmächte eine nicht öffentliche Sitzung ab. Bei dieser Gelegenheit haben Wilson und Lloyd George die gleichlautende Erklärung unterschrieben, worin sie sich für die Vereinigten Staaten und Großbritannien verpflichten, Frankreich ihren Beistand zu gewähren für den Fall, daß es Gegenstand eines nicht provozierten Angriffes wäre. Die Agence Havas, die diese Mitteilung verbreitet hat, fügt hinzu, daß es sich um eine auf die Erfüllung der Friedensbedingungen, also auf den Zeitraum von 15 Jahren bezügliche Erklärung handelt, nicht aber um ein allgemeines und uneingeschränktes Bündnis.

Chinas Unterschriftverweigerung.

China hat den Friedensvertrag nicht unterzeichnet. Bereits in der Vollsitzung vom 4. Mai der Friedenskonferenz erklärte die chinesische Delegation, daß es der chinesischen Regierung unmöglich sei, die Bestimmung des Friedensvertrages anzunehmen, wonach die Rechte Deutschlands auf die chinesische Provinz Schantung an Japan übergehen sollen, anstatt daß dieses Gebiet an China ohne Vorbehalt zurückfalle. Am 26. Mai hat die Delegation ihre Erklärung schriftlich wiederholt, aber erst am 24. Juni wurde ihr durch den Sekretär der Konferenz mitgeteilt, daß keinerlei Vorbehalte für die Unterzeichnung zugelassen werden. Als Folge der Weigerung Chinas ergibt sich nun, daß China außerhalb der Gesellschaft der Nationen bleibt und die Freiheit seiner Rüstungen behält, was wiederum Japan veranlassen dürfte, ebenfalls die Freiheit für seine Rüstungen zu beanspruchen.

Eine Protesterklärung des Burengenerals Smuts.

Der Delegierte für Südafrika General Smuts überreichte bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Protesterklärung, in der er u. a. ausführte:

„Ich habe den Vertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn als ein zufriedenstellendes Dokument betrachte, sondern wegen der zwingenden Notwendigkeit, diesen Krieg zu beendigen. Ich glaube, daß mit diesem Vertrag kein wirklicher Frieden erreicht werden wird, nach dem die Völker so dringend verlangen. Es gibt territoriale Regelungen, welche meiner Meinung nach einer Revision bedürfen, und in dem Friedensvertrag sind Garantien festgelegt, von denen man hoffentlich bald erkennen wird, daß sie nicht im Einklang sind mit den wirklichen Gefühlen eines unbewaffneten Volkes, die von unseren früheren Feinden jetzt gehegt werden. In dem Vertrag sind Bestrafungen vorgesehen, deren Mehrzahl wir, wenn wir sie bei einer ruhigen Gemütsverfassung überlegen, vorgezogen hätten, mit einem Schwamm wegzuwischen, um sie der Vergangenheit verfallen zu lassen. In dem Vertrage sind Entschädigungen diktiert worden, die nicht erfüllt werden können, sondern durch die in dem industriellen Leben Europas schwerer Schaden zugefügt wird, und bei denen es im Interesse aller Länder sein würde, sie erträglicher und gemäßigter zu gestalten."

Bittere Kritik am Friedensschlusse in Italien.

In Italien findet der Frieden von Versailles auch außerhalb der sozialistischen Blätter nur wenig Freude und Anerkennung. Der „Secolo" bezeichnet ihn als einen Versuch, der Welt die englisch-französische Vorherrschaft aufzuerlegen, der sich aber als wenig dauerhaft erweisen werde und zu einer neuen Revision führen müsse. Der „Corriere della Sera" leitet seine Bedenken gegen das Friedenswerk in die Form einer Kritik gegen Wilson und seinen Leistungen ein. Als wahren Friedensrichter habe sich Wilson bei seiner Fahrt nach Europa angekündigt, aber vergeblich habe man erwartet, daß seinen großen Worten auch entsprechend große Taten gefolgt wären. Als Wilson nach Europa ging, habe er schon einen Teil der Sympathien Amerikas verloren, und nun kehre er nach Amerika zurück, nachdem er auch die Sympathien Europas sich fast ganz verscherzt habe. — Die holländische Presse nimmt die Unterzeichnung des Friedensvertrages zum Anlaß, den Vertrag und seine Urheber erneut scharf zu verurteilen. So schreibt der „Nieuwe Rotterdamsche Courant": „Die Freude über den Frieden wird nicht von langer Dauer sein. Dieser Friede wird die gewünschte Entspannung nicht bringen. Statt eine leuchtende Aussicht zu eröffnen, bietet er nichts anderes als eine dunkle Zukunft. Dieser Friede hat den Militarismus vernichtet, ihn jedoch anderswo auf den Thron gehoben und unendlich viel Keime für internationale Konflikte gesät. Im Herzen der Völker wird er nicht leben, da bleibt bitterer Haß zurück."

Baldige Aufhebung der Blockade.

Der Viererrat hat beschlossen, die Blockierung Deutschlands aufzuheben, sobald Deutschland das Ergebnis der Abstimmung über den Friedensvertrag in der Nationalversammlung bekannt gegeben hat. — Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der Oberste Wirtschaftsrat in abgeänderter Form weiter bestehen soll, um die Organisationen aufrecht zu erhalten und als Bindeglied zwischen den verschiedenen Alliierten zu dienen.

Amerika angeblich gegen die Verfolgung der „Schuldigen".

Den französischen Blättern zufolge richtete der Viererrat an Holland eine Note, in welcher eine bessere Ueberwachung der Hohenzollern empfohlen wird. Die „Chicago Tribune" meldet, Wilson und Lansing seien nicht geneigt, die Liste der von Deutschland nach dem Friedensvertrag auszuliefernden Personen aufzustellen, da die amerikanische Delegation von allem Anfang an gegen die Auslieferung des Kaisers und der höheren Offiziere gewesen sei, weil diese dadurch nur in eine Märtyrerrolle versetzt und eine Bewegung ihres Anhanges gefördert würde. Auch die Belgier hätten sich diesen Gesichtspunkten angeschlossen und nur Lloyd George halte sich an die Versprechungen gebunden, die er verschiedentlich wegen der Bestrafung des Kaisers abgegeben hätte.

Nach einer französischen Pressemeldung ist man am englischen Königshofe der Forderung der Auslieferung des deutschen Kaisers durchaus abgeneigt. Desgleichen seien in Paris zahlreiche Proteste englischer und amerikanischer Politiker und Staatsmänner gegen die Auslieferung Kaiser Wilhelms eingelaufen. Clemenceau verharrt aber auf dieser, und zwar verlangt er die Aburteilung des Kaisers in dessen Eigenschaft als oberster Feldherr der deutschen Armee und Flotte und nicht als oberster verantwortlicher politischer Reichsleiter.

Die Zahl der von Deutschland auszuliefernden Personen umfaßt über 190 Militärs und über 30 Zivilpersonen. Unter den Militärpersonen befinden sich viele höhere Offiziere, welche Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern waren sowie deren Abgeordnete. Die Zivilisten sind hauptsächlich Verwaltungsbeamte, welche in dem besetzten Gebiet, namentlich in Frankreich und Belgien, Maßnahmen gegen die dortigen Einwohner getroffen hatten, die angeblich gegen das Völkerrecht verstoßen.

Unruhen und Streiks.

Das Erlöschen des Berliner Eisenbahnstreikes.

Der Streik der Berliner Eisenbahner kann jetzt als nahezu beendet angesehen werden. Die Abstimmung in den zahlreichen Betriebsversammlungen ergab eine Mehrheit für den Abbruch des Streiks. Ausschlaggebend waren wohl die Stockungen der Lebensmittelzufuhr, die sich bereits fühlbar machten, sowie auch die wesentlichen Zugeständnisse wirtschaftlicher und politischer Art. Von nicht großem Einfluß auf den Entschluß der Eisenbahner war auch die Aufhebung des Erlasses gegen das Streikrecht der Eisenbahner durch den Reichswehrminister. Von Montag ab war bereits wieder ein geregelter Fernverkehr gewährleistet.

Vor einem neuen Verkehrsstreik in Berlin.

Während der Eisenbahnerstreik glücklich am Erlöschen ist, droht bereits wieder ein neuer Streik die wirtschaftliche Kraft Groß-Berlins zu gefährden. Ungeachtet der Verbilligung der Lebensmittel in so fühlbarer Weise, daß dadurch der Ausfall für den geforderten höheren Lohn reichlich gedeckt wird, hat das Personal sämtlicher Groß-Berliner Verkehrsmittel beschlossen, in der Nacht zum Dienstag die Arbeit niederzulegen. Der Tarif der Straßenbahner läuft am 1. Juli ab, und es sind bereits seit längerer Zeit Verhandlungen im Gange, die auf eine weitere Lohnerhöhung, die Gewährung einer Entschuldungssumme und Regelung des Urlaubs hinauslaufen.

Bei den Abstimmungen in den einzelnen Betriebsstellen der Berliner Verkehrsunternehmungen ergab sich eine Mehrheit von 90 Prozent für den Streik. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 22 000 und umfaßt auch die technischen und kaufmännischen Angestellten. Es liegt leider auch die Gefahr vor, daß die Stadt- und Ringbahn, die augenblicklich nur einen sehr mäßigen Zugverkehr aufweist, aus rein technischen Gründen ihren Betrieb einstellen wird.

Unruhen in Breslau.

Die Verhandlungen des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westpreußen Hörsing mit der Ausstandsleitung der Breslauer Eisenbahner haben zu einer völligen Uebereinstimmung geführt. Der Reichskommissar erklärte sich bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über das wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte der Reichskommissar grundsätzlich ab. Daraufhin ließ die Streikleitung an alle Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung ergehen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit in allen Haupt- und Nebenwerkstätten für Montag. In Breslau selbst war es am Sonnabend bei der Besetzung des Hauptbahnhofes durch Regierungstruppen zu Kämpfen gekommen, in deren Verlauf es mehrere Verwundete gab. Das Generalkommando verhängte infolgedessen den Belagerungszustand über den Korpsbezirk.

Die Reichsexekution gegen Hamburg.

Der Stadtkommandant von Groß-Hamburg, Lampl, ist vom Reichswehrminister Noske zum Kommissar der Reichsregierung für die Zeit der Durchführung der über Groß-Hamburg verhängten Reichsexekution ernannt worden. Im Auftrage des Militäroberbefehlshabers General v. Lettow-Vorbeck gibt er u. a. bekannt, daß die Volkswehr für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow als beurlaubt gilt, mit Ausnahme einiger Volkswehrabteilungen des Freihafens. Die Einwohnerwehr darf von der Volkswehr nicht weiter entwaffnet werden, darf aber vorläufig auch nicht bewaffnet auf der Straße erscheinen. Von den Schwerverletzten aus den letzten Unruhen sind noch weitere neun Personen gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 62 erhöht.

Die Entwaffnung der Regierungstruppen in Hamburg.

Zu dem übertriebenen Gerücht über die Entwaffnung von Regierungstruppen in Hamburg wird mitgeteilt, daß im ganzen nur 27 Gewehre abhanden gekommen seien, dagegen weder Maschinengewehre noch Minenwerfer oder Geschütze. Die Gerüchte, daß die Truppen ihren Führern die Gefolgschaft gegen Hamburg aufgekündigt hätten, seien vollständig unwahr. Außerdem wird die Bevölkerung vor Unbesonnenheiten gewarnt und aufgefordert, sich den Anordnungen der Truppen auf der Straße in jeder Beziehung unterzuordnen, da der besondere Charakter des Straßenkampfes an sich eine Gefährdung des Publikums mit sich bringe. Insbesondere dürfe sich das Publikum den Truppen nicht weniger als 200 Meter nähern.

Die amerikanische Lebensmittelzufuhr ins Stocken geraten.

Infolge der schweren Unruhen in Hamburg bleiben seit einigen Tagen die amerikanischen Lebensmittelschiffe aus, die bisher so regelmäßig einliefen. Durch die Straßenkämpfe und Plünderungen in Hamburg ist die Entladung der Dampfer schwer bedroht und ihre Weiterfahrt von Falmouth aus funkentelegraphisch aufgehalten worden. In Falmouth warten sie weitere Order aus Amerika ab. Bevor nicht wieder Ruhe und Ordnung eingetreten und die unbedingte Gewähr für die sichere Entladung der Schiffe gegeben ist, sind weitere Zufuhren nicht zu erwarten. Der amerikanische Kreuzer „Greec" ist in den Hafen eingelaufen, seine Anwesenheit wird mit der Absicht der Entente, Hamburg bei Fortdauer der Unruhen, welche auch die Lebensmittelversorgung der Tschecho-Slowaken verhindert, zu besetzen, in Verbindung gebracht. Der Einmarsch der Regierungstruppen in ren Offizier erging es ähnlich. Auch ein Polizei-Vorbeck wird in kürzester Frist erfolgen.

*

Ausschreitungen in Bromberg.

Wie sehr im Osten der militärische Schutz notwendig ist, der bis zum ordnungsmäßigen Uebergang in die durch den Friedensvertrag geschaffenen neuen Besitzverhältnisse bestehen bleibt, zeigten die Unruhen in Bromberg am Sonntag vormittag. Im Laufe des Vormittags wurden auf dem Friedrichsplatz halbwüchsige Jungen, die in herausfordernder Weise polnische Abzeichen (weiße Adler) trugen, gegen Militärpersonen tätlich. Verschiedenen Soldaten wurden die Waffen abgenommen, wobei die Zivilisten auch in Straßenbahnwagen eindrangen. Ein Offizier der Sicherheitswehr wurde von der Elektrischen gerissen, seiner Achselstücke beraubt und geschlagen. Einem anderen Offizier erging es ähnlich. Auch ein Polizeibeamter wurde arg mißhandelt. Da die Ansammlungen immer größer wurden und die Polizei machtlos war, wurde Militär zur Säuberung des Friedrichplatzes und zur sofortigen Herstellung der Ruhe und Ordnung herangeholt. Dem schnellen Zugreifen gelang es, den Putsch im Keime zu ersticken und die Ordnung wiederherzustellen. — Die Vollmacht des Kommissars der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung für Ost- und Westpreußen sowie die besetzten russischen Gebiete, Winnig, ist auf den Regierungsbezirk Bromberg, soweit er diesseits der Demarkationslinie liegt, ausgedehnt worden.

Deutsches Reich.

— Mit der vertretungsweisen Verwaltung der Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ist Reichs- und Staatskommissar Winnig beauftragt.

— General der Infanterie v. Falkenhayn, vorher Oberbefehlshaber der 10. Armee, bei Kriegsbeginn Kriegsminister, ist in Genehmigung seines Gesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

— In Sachsen ist für den 6. Juli wegen des schmachvollen Friedens eine allgemeine kirchliche Landestrauer angeordnet worden.

— Die alldeutsche „Deutsche Zeitung", die aus Anlaß der Unterzeichnung des Friedensvertrages in einem Artikel unter der Ueberschrift „Rache" für die spätere Einleitung eines Revanchekrieges eintrat, ist bis auf weiteres verboten worden.

— Polnische und deutsche Vertreter des Kreises Dirschau haben sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen.

*

:: **Gegen die polnischen Internierungen** ist von der deutschen Waffenstillstandskommission in Berlin an den französischen General Dupont ein Protestschreiben gerichtet worden. Darin heißt es: „Die Internierung der Deutschen in Polen soll sich nicht nur auf Männer, sondern sogar auf Frauen erstrecken. Die begreiflicherweise ohnehin schon verzweifelte Stimmung der deutschen Bevölkerung hat die Siedehitze erreicht. Die deutsche Regierung würde sich, falls die Polen die verschleppten Deutschen nicht umgehend in ihre Heimat zurückführen sollten, genötigt sehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

:: **Aus dem besetzten Gebiet.** Der hessische Ministerpräsident Ullrich stattete dieser Tage dem General Mangin in Schlosse zu Mainz einen offiziellen Besuch ab. Die Unterredung bezog sich in der Hauptsache auf die Regelung des Verkehrs vom besetzten ins unbesetzte Gebiet nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Bei dieser Gelegenheit ging Ministerpräsident Ullrich auch auf die Dortenschen Versuche zur Errichtung einer rheinischen Republik ein. General Mangin erwiderte bald darauf den Besuch in der Wohnung des Oberbürgermeisters, wo die hessische Flagge gehißt war.

Rundschau im Auslande.

Lettland: Riga von den Esten bedroht.

Die Kämpfe zwischen den lettischen und estnischen Truppen sind, nachdem die Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes ergebnislos geblieben sind, neuerdings wieder aufgelebt. Vor dem umfassenden Angriff, der mit allen modernen Kampfmitteln, auch mit Gas, ausgerüsteten estnischen Truppen mußten sich die zahlenmäßig schwächeren lettischen Truppen zurückziehen bis zu einer Defensivstellung etwa 15 Kilometer östlich von Riga. Verhandlungen wegen einer Waffenruhe, die unter Leitung eines amerikanischen Offiziers eingeleitet wurden, sind von den Esten abgelehnt worden. Nach Lage der Umstände muß auch Riga als bedroht angesehen werden.

Frankreich: Die Kriegsverluste Frankreichs.

Die endgültigen Ziffern der Verluste, die Frankreich im Kriege erlitten hat, sind nunmehr bekannt. Die Zahl der Toten und Vermißten, ohne Einrechnung der 67 000 Eingeborenen, beträgt 1 285 000 Mann, die Anzahl der Verwundeten, ohne die Leichtverwundeten beläuft sich auf 2 560 000 Mann. Die Schlußziffer der Verluste ist demnach 3 845 000 Mann. Darin sind die Verluste der Kolonien nicht einbegriffen. — Die amerikanischen Verluste bei der Ardennenoffensive betragen 12 000 Mann. Die Gesamtzahl der Toten beträgt 112 424 Mann. Insgesamt hat Amerika 2 069 000 amerikanische Soldaten über den Ozean gesandt.

Türkei: Die politische Vernichtung der Türkei.

Clemenceau ließ im Namen der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der türkischen Delegation eine Antwortnote zukommen, in welcher er ihn daran erinnert, daß die Türkei gemäß der Denkschrift der türkischen Delegation keinen Grund zu dem Konflikt mit den Ententemächten hatte und lediglich als gefügiges Werkzeug Deutschlands in den Krieg gezogen sei. Clemenceau erklärt, daß die Behauptung der türkischen Delegation, wonach die Verantwortung für die erbarmungslose Kriegführung und die unerhörten Greuel und Massakers den jetzigen Führern des türkischen Volkes nicht zur Last gelegt werden dürften, für die Alliierten unannehmbar sei. Auch müsse die Türkei die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Die völlige territoriale Wiederherstellung der Türkei sei gleichfalls unmöglich, da die Türken sich stets unfähig erwiesen hätten, fremde Völker, welche sie beherrschten, friedlich weiter zu entwickeln. Auch das Beweismittel der türkischen Delegation, wonach das islamitische türkische Reich unverändert erhalten werden müsse, weil es der Träger des religiösen Gedankens des Islams sei, könne von den Alliierten nicht angenommen werden.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Bielefeld, den 2. Juli 1919.

— **Unruhen in Bielefeld.** Nachdem schon am Sonnabend unruhige Elemente in der Stadt ihr Wesen trieben, in die Lebensmittelläden eindrangen und die Waren weit unter Einkaufspreis verkauften, setzten sich die Unruhen am Montag fort. Des Morgens kam es auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz zu Schießereien, bei denen es mehrere Tote und eine größere Anzahl Verwundete gab. Nachmittags haben dann die Spartakisten zeitweise das Rathaus und den Bahnhof besetzt, um die herbeigerufenen Regierungstruppen abzuwehren. Des Abends wurden in Gadderbaum bis Mitternacht Schüsse abgegeben, die aber, wie wir hören, nur den Zweck haben sollten, die Stadt in Aufregung zu halten. Die Regierungstruppen sollen um ½4 Uhr nachts hier eingetroffen sein.

— **Missionsfest.** Am Sonntag nachmittag fand in der Herforderstraße ein Missionsfest statt, das sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute. Leider konnte man des zweifelhaften Wetters wegen nicht im Freien sitzen, sondern mußte in die Schule gehen. In mehreren Räumen, auf Gängen und Treppen fand man Platz und konnte, da die Redner sich in der Tür des Saales aufstellten, ihre Worte wohl auch ziemlich gut verstehen. Pastor Kähler hatte das Wort von der Anbetung im Geist und in der Wahrheit (Joh. 4, 23) zum Text; Missionsinspektor Hoffmann aus Barmen legte seinem Bericht Micha 2, 13 (Es wird ein Durchbrecher vor ihnen herauffahren) zugrunde. Auf Grund seiner eigenen Missionserfahrung konnte er die Hoffnung aussprechen, daß Gott der Geduld- und Glaubensarbeit immer wieder Türen auftun werde. Pastor Schneider sprach ein herzanfassendes Schlußwort von der Ehrfurcht vor Gott, in der all unser Tun und Leben stehen soll.

— **Paketverkehr nach Breslau.** Wegen Stockung des Eisenbahnverkehrs dürfen Pakete für Breslau vorläufig nicht angenommen werden.

— **Der westfäl. Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung** feierte am 24. und 25. Juni in Gütersloh sein Jahresfest, in den Tagen der tiefsten vaterländischen Erniedrigung. Dies machte sich bemerkbar in dem Besuch des Festgottesdienstes und des Vortrags am 24. Nicht zu merken war es an den Festgaben, die überreicht wurden: Von der Synode Bielefeld 18 000 Mk., von der Gemeinde Gütersloh über 7000 Mk. und vom dortigen Gymnasium 450 Mk. 58 westfälische Diasporagemeinden wurden in der Generalversammlung in den Unterstützungsplan aufgenommen. Die Provinzialliebesgabe wurde für die Gemeinden Amelunxen, Brilon und Huckarde mit je 2000 Mk. bestimmt. Auch drei andere hierfür vorgeschlagene Gemeinden konnten noch mit einer außerordentlichen Gabe bedacht werden.

Erwähnt sei noch, daß Herr Generalsuperintendent D. Zöllner wegen Arbeitsüberlastung den Vorsitz niedergelegt hat.

Letzte Nachrichten.

** **Der frühere Ministerpräsident Scheidemann** wäre bei seiner Reise nach der Schweiz in Lörrach (Baden) beinahe durch den Führer der dortigen Unabhängigen festgenommen worden. Er wollte Scheidemann nicht die Grenze überschreiten lassen, weil er darin einen Versuch sah, sich der Verantwortung durch die Flucht ins Ausland zu entziehen. Die Grenzwache vereitelte jedoch die Festnahme. Scheidemann passierte die Grenze und hält sich zurzeit in Basel auf.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Nach den im Friedensvertrag von Versailles vorgesehenen Bestimmungen über die Volksabstimmung in Oberschlesien wird das Abstimmungsgebiet unmittelbar einer viergliedrigen internationalen Kommission unterstellt die von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien bestimmt wird. Das Abstimmungsgebiet wird von Truppen der alliierten Mächte besetzt. Au[illegible]enommen Gesetzgebung und Steuern genießt die K[illegible]mission alle Befugnisse der preußischen oder de[illegible]en Verwaltung. Die bisherigen Beamten werden [illegible]geschoben und von der Kommission durch neue [illegible]setzt. Die Abstimmung wird von technischen Berate[illegible] geleitet, die die Kommission aus der ortsansässig[illegible] Bevölkerung auswählt. Die Abstimmung findet [illegible]ühestens in sechs, spätestens nach 18 Monaten statt. Das Stimmrecht haben alle Personen ohne Unterschied [illegible]des Geschlechtes, welche folgende Bedingungen erfü[illegible]n: 1. Vollendung des 20. Lebensjahres am 1. [illegible]anuar desselben Jahres, in welchem die Abstimmung vor sich geht; 2. Geburt im Abstimmungsgebiet oder Wohnsitz dortselbst seit einer von der Kommission festzusetzenden Zeit, welche aber vor dem 1. Januar 1919 liegen muß; 3. die von den deutschen Behörden Ausgewiesenen, welche ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet nicht beibehalten haben. Die politischen Verbrecher müssen in die Lage versetzt werden, ihr Abstimmungsrecht auszuüben. Es wird gemeindeweise abgestimmt, aber die Grenzen zwischen Deutschland und Oberschlesien sollen vom Verband nicht nur nach dem Wunsche der Einwohner, sondern auch nach der „geographischen und wirtschaftlichen Lage" erfolgen.

Briefkasten.

H. G. Bielefeld, Bei der neuen Verordnung über die Wohnungskontrolle wird es sich nicht um die Wohnungen von 3—4 Räumen handeln. Wir möchten annehmen, daß die Wohnungskommission nicht Halt macht an den Türen der Villen und Paläste, wie Sie schreiben, sondern in gerechter Würdigung aller Verhältnisse den Mut zu energischem Durchgreifen findet. Ganz Ihrer Meinung sind wir und wollen das noch besonders unterstreichen, daß es ein Segen für Stadt und Volk sein würde, wenn in erster Linie Tanzsäle und Vergnügungslokale in freundliche Familienwohnungen umgewandelt würden. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo das Volk aus sich heraus seine Freude an der Arbeit und seine Erholung im trauten Kreis der Familie, im eigenen Heim und eigenem Garten sucht und findet. K.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schloßstraße 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 782 Hannover.

Mütter!

Kann es für Kinder eine angenehmere Form der Darreichung von Arznei geben, als die eines Genußmittels?

Paramin

wird bei Folgen der Unterernährung, Rachitis, Skrofulose vom Arzt gern verordnet.

Pharmazeutische Fabrik
der Paraguay-Fleischextract-Gesellschaften
G. m. b. H., Hamburg 5

30 % Eiweiß, 25 % Kohlehydrate, 36 % Mineralstoffe, davon 1 % Kalk, 1 % Eisensalz.

Schafft Euch eine neue Zukunft als Ansiedler im fruchtbaren Baltenland!

Meldet Euch als Freiwillige in die baltischen Provinzen und den übrigen Frontbereich des O. K. Nord zum Kampf gegen die Bolschewisten.

Bedingungen:

1. Bekannte Bedingungen der Reichswehr und außerdem 4 Mark tägliche Auslandszulage nach Überschreiten der Reichsgrenze.
2. Ordnungsmäßige Militärpapiere, Paß oder Entlassungsschein vom Feldtruppenteil, polizeiliches Führungszeugnis, sowie Lebensmittelabmeldeschein. Entlassungsanzüge sind mitzubringen.
3. Keine Bergleute.

Offiziere, Ärzte, Unteroffiziere und Mannschaften aller Truppenteile, meldet Euch mit größter Beschleunigung beim nächsten Bezirkskommando oder einer der nachstehenden Annahmestellen, wo Ihr alles Nähere über die günstigen Ansiedlungsmöglichkeiten erfahrt

Anwerbungsstelle Baltenland:

Zweigstelle Hamm i. W., Königstr. 13 (Lutherhaus), Tel. 1108;
Zweigstelle Osnabrück, Martinstr. 19, Telephon 1561;
Zweigstelle Oldenburg, Gartenstr. 2, Telephon 1488.
Zweigstelle Siegen, Bezirkskommando.

Werbestelle O. K. Nord: Münster i. W., Aegidikaserne Zimmer 83, Telephon 3113.

Werbestelle O. K. Nord: Minden i. Westf., Neue Artillerie-Kaserne.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Die Wahrheit über die Leiden des armenischen Volkes in der Türkei während des Weltkrieges . . . . .

Von Oberlehrer E. Sommer. — Bei Geldvoraussendung netto Mk. 1.— oder Nachnahme

Fr. Ehrler (Kolporteur f. Armenien), Steinhagen, Westf.

Jeder muß lesen:

Das Jenseits

eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Preis Mk. 2.75 franko Voreinsendung oder Nachnahme.

Blankenzversand-Buchhandlung
Paul Enigk, Prenzlau.

Nähmaschinen
Fahrräder
Waschmaschinen
Reparaturen in u. außer dem Hause.
G. Schnabel, Bielefeld, Detmolderstraße 61.
Bestellung per Postkarte genügt.

Ein Einspruch
gegen das kirchliche Frauenstimmrecht
liegt vor in einer an den preuß. Oberkirchenrat gerichteten Eingabe. Alle gesinnungverwandten Frauen und Jungfrauen unserer Kirche werden gebeten, durch Unterschrift die Sache fördern zu helfen. Eingaben zu beziehen durch **E. Reuter,** Lehrerin, Meitmann (Rheinland)

Die Steuer

Gemeinverständliche Halbmonatsschrift für das Steuer- und Stempelwesen

unter Mitwirkung von Magistrats-Assessor Ernst Steigleder herausgegeben von Rechtsanwalt Dr. Hans Gottschalk in Dortmund. Druck und Verlag von Fr. Wilh. Ruhfus in Dortmund.

Unentbehrlich für jeder Steuerzahler.

Vierteljährlich Mk. 2,10.

Man bestellt bei den Postämtern und in den Buchhandlungen.

— Probeheft kostenlos vom Verlag. —

Bilder.
Große Auswahl.
Billigste Preise.
Otto Fischer,
Kunsthandlung und Rahmenfabrik,
Obernstrasse 47.

Vergrößerungen
nach jedem Bilde
in bekannt guter Ausführung
Atelier W. Metze,
Kaiserstrasse 155.

Matten
sind wieder vorrätig bei
Adolf Mühlenweg, Bielefeld.

Werbet für die Zeitung!